

Das Beispiel Südafrika

Die sozialen Folgen der gegenwärtigen Finanzkrise zeigen sich in Südafrika in einer Reihe von zentralen Bereichen: soziale Sicherheit und Ungleichheit der Einkommensverteilung, Arbeitslosigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, informeller Sektor, Nahrungssicherheit und soziale Proteste.

Sofia Svarfar / Sandisiwe Ncube

Die Auswirkungen der gegenwärtigen Finanzkrise auf soziale Sicherheit und Ungleichheit lassen sich mit der folgenden Bemerkung einer Bank gut zusammenfassen:

„Bedrohungen der Sicherheit von Arbeitsplätzen, ein vergleichsweise hohes Niveau der Verschuldung privater Haushalte und des Schuldendienstes, die anhaltend hohe Inflation in bestimmten Bereichen und das schwache Vertrauen von Unternehmen und Verbrauchern in die Zukunft werden als Faktoren gesehen, die wahrscheinlich negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum 2009 haben werden“.⁹

Soziale Sicherheit und Ungleichheit

Es ist offensichtlich, dass die gegenwärtige Finanzkrise schon jetzt zum Rückgang von ökonomischen Schlüsselsektoren in Südafrika geführt hat. Allerdings ist laut Jonas Mosiya, dem Koordinator der Industriepolitik des südafrikanischen Gewerkschaftsdachverbandes COSATU, die Finanzkrise eine Krise innerhalb einer Krise. Er hob hervor, dass Südafrika schon immer mit einer Reihe von Krisen konfrontiert worden sei, darunter mit dem hohen Ausmaß von Armut, mit einer Arbeitslosenquote zwischen 23 und 25 Prozent, mit hohen Nahrungsmittelpreisen so wie mit der Energiekrise.

Arbeitslosigkeit und Ungleichheit in der Gesellschaft

Es besteht die Gefahr, dass die Wirtschaftskrise die Kluft zwischen Reich und Arm vertieft. Südafrika hat ohnehin Probleme struktureller Ungleichheit. Die Kluft zwischen Reich und Arm war schon vor der Krise riesig. Es ist weithin bekannt, dass Südafrika weltweit einen der höchsten Werte des Gini-Koeffizienten für die Einkommensverteilung besitzt.¹¹

Gegenwärtig haben Kleinunternehmen Schwierigkeiten, Zugang zu Kapital zu finden, weil Banken mehr Garantien fordern und die Kreditbewilligung länger dauert. Die Unternehmen aber, die Zugang zu Krediten erhalten, profitieren von niedrigeren Zinsen.

Das Apartheidregime führte zu einer völligen Verzerrung der Einkommensverteilung zwischen den verschiedenen Rassen; die Weißen, eine Minderheit der südafrikanischen Bevölkerung, verfügen über den größten Teil des Volkseinkommens. Hinzu kommt, dass Unternehmen laut Tengela von der Metallarbeitergewerkschaft NUMSA zunehmend Arbeitskräfte nur befristet einstellen, dies führt dann zu niedrigeren Einkommen für Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Ungleichheit der Einkommensverteilung wird sich also höchstwahrscheinlich durch die Finanzkrise weiter verschärfen.

Ausbeutung und illegale Aktivitäten nehmen zu

Um Arbeitskosten zu senken, werden Unternehmen Arbeit weiter flexibilisieren, und das heißt, sie werden Arbeitskräfte nur noch extrem befristet – zum Beispiel nur noch als Tagelöhner – einstellen

und dies ohne formellen Arbeitsvertrag und ohne jede Verpflichtung. Dadurch könnte zwar Armut zu einem gewissen Grad verhindert werden. Aber zugleich bedeutet diese Praxis, dass die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht beachtet werden, da sie weder in der Lage sind, einer Gewerkschaft beizutreten, noch Rechtsmittel gegen die Verletzung ihrer Rechte durch Unternehmen einlegen können. Die Löhne dieser Gelegenheitsarbeiterinnen und -arbeiter sind oft extrem niedrig und tragen damit zur weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Ungleichheit in Südafrika bei.

Die Ausbeutung der Arbeiterinnen und -arbeiter wird wahrscheinlich auch deshalb zunehmen, weil die Menschen verzweifelt nach allen denkbaren Möglichkeiten des Überlebens suchen. Nach Angaben von Lesiba Sishobafrom von der südafrikanischen Bergarbeitergewerkschaft NUM wird bereits über gesetzwidrige Aktivitäten wie illegaler Bergbau oder Prostitution berichtet, da Menschen versuchen, auf irgendeine Weise ihre Familien zu unterstützen. Auch andere Formen prekärer Arbeitsverhältnisse nehmen zu – wie zum Beispiel jene private Vermittlung von Arbeitskräften, bei der die Vermittlungsagentur mit Arbeitgebern die Löhne für eine große Zahl von Arbeiterinnen und Arbeitern aushandelt („labour brokering“). Tengela (NUMSA) unterstrich, dass so vermittelte Arbeitskräfte in der Regel weniger als 1.000 Rand (knapp 89 Euro) im Monat verdienen, nicht das Recht haben, sich einer Gewerkschaft anzuschließen und nicht vom Gesetz geschützt werden.

Nahrungsmittelsicherheit

Obwohl die Preise für Nahrungsmittel in vielen Teilen der Welt sinken, leidet Südafrika immer noch unter hohen Nahrungsmittelpreisen. Ihr weltweiter Anstieg ist älter als die globale Finanzkrise und hat mehrere Ursachen. In Südafrika tendieren Unternehmen dazu, die Preise während eines Wirtschaftsabschwungs eher zu erhöhen statt zu senken. Dies ist besonders für arme Menschen ein großes Problem. Die Erzeugerpreise sind zwar gesunken, doch für die Verbraucherinnen und Verbraucher sind die Preise gleich geblieben.

⁹ Der folgende Text ist eine gekürzte und leicht bearbeitete Fassung eines Artikels, der als *Policy Series No. 3/2009* (August 2009) des *Economic Justice Network* des kirchlichen Zusammenschlusses *Fellowship of Christian Councils in Southern Africa* erschien. Die Bearbeitung und Übersetzung besorgten Sandra Palm (Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika bei der Werkstatt Ökonomie) und Klaus Heide (Werkstatt Ökonomie).

¹⁰ J. Botha and Standard Bank Economics Division (2009): *South Africa: Retail trade alert – No respite yet*, S. 1 <www.standardbank.co.za>.

¹¹ Der Gini-Koeffizient für die Einkommensverteilung hat für Südafrika den Wert 0,72; ein Wert von 0 würde eine Gleichverteilung der Einkommen, ein Wert von 1 eine völlige Ungleichverteilung (eine Person verfügt über das Gesamteinkommen) bedeuten. Vgl. P. Armstrong, B. Lekezwa and K. Siebrits (2008): *Poverty in South Africa: A profile based on recent household surveys*. Stellenbosch University, Department of Economics, *Working Papers 04/2008*.

Rückläufige private Sparquote

Aufgrund fallender Einkommen werden private Ersparnisse eher zurückgehen, da das Einkommen für andere, wichtigere Dinge wie Nahrung benötigt wird. Hinzu kommt, dass – wie Gerald Mashiri, ein Analyst von *Whytehawk Development*, unterstreicht – ein großer Teil der Bevölkerung die gegenwärtige Rezession und ihre Ursachen nicht versteht. Daher sind Menschen unfähig, notwendige Maßnahmen wie eine Einschränkung des Konsums von Luxusgütern oder den Abbau von Schulden zu ergreifen. Die Situation wird zusätzlich durch den Umstand verschlimmert, dass Südafrika eine „Kultur niedriger Sparquoten“ hat, die die relativ niedrige Wachstumsrate des Landes mit verursacht. Die gegenwärtige Rezession wird diese Situation weiter verschärfen, da Sparen für die meisten Familien keine Priorität mehr hat.

Die Antwort der Regierung auf die Krise

Die südafrikanische Regierung und wichtige Parteien (Gewerkschaften und Unternehmen) kamen Ende 2008 zusammen, um über ein Maßnahmenpaket als Antwort auf die Krise zu beraten. Ziel war es, dafür zu sorgen, dass arme und gefährdete Menschen nicht die Last des ökonomischen Abschwungs tragen müssten. So weit möglich, sollten Arbeitsplätze mit anständigen Arbeitsbedingungen erhalten werden. Das geplante hohe Niveau von Investitionen im öffentlichen Sektor sollte realisiert und der private Sektor gefördert werden. In seiner Rede zur Lage der

Nation 2009 verpflichtete sich der südafrikanische Präsident Jacob Zuma auf eine Reihe sozialer und wirtschaftlicher Ziele. Es ist die Umsetzung dieser Maßnahmen, die allen interviewten zivilgesellschaftlichen Akteuren Sorge macht.

Empfehlungen

- Am wichtigsten ist es, dass der Präsident schnell umzusetzende Maßnahmen ergreift. Die zur Krisenbewältigung eingesetzten Sonderkommissionen müssen ernst genommen werden.
- Der Präsident muss einen Planungsprozess eröffnen, mit dem Maßnahmen für die Zeit nach der Fußballweltmeisterschaft 2010 vorbereitet werden, wenn Arbeitsplätze nach Abschluss der Baumaßnahmen und weiterer Vorbereitungen für die Fußballweltmeisterschaft verloren gegangen sind.
- Angesichts der globalen Klimaerwärmung sollte der Ausbau der Infrastruktur nicht die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen vergrößern, sondern alternative Möglichkeiten zur Energiegewinnung und zur Herstellung von Treibstoffen unterstützen.
- Alle Prozesse müssen transparent sein und in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft durchgeführt werden.
- Den hohen Nahrungsmittelpreisen, die die Armut verschärfen, muss mit geeigneten Maßnahmen begegnet werden.
- Weiter muss die Regierung eine Bewusstseinsbildungskampagne durchführen, um die Öffentlichkeit über die gegenwärtige Krise (Finanzen, Nahrung, Klimawandel) und über notwendige Maßnahmen zu informieren.
- Unternehmen und die Regierung von Südafrika sollten die Verantwortung für ein ethisches Verhalten von Unternehmen übernehmen, um Ausbeutung zu verhindern – und dies gilt sowohl im Blick auf Unternehmen, die in Südafrika tätig sind, als auch hinsichtlich südafrikanischer Unternehmen, die in Afrika Geschäfte treiben.
- Die internationalen Geber dürfen das zugesagte Volumen von Hilfgeldern nicht unterschreiten.
- Südafrika hat als einziges afrikanisches Mitgliedsland der G-20 die besondere Verantwortung, sicher zu stellen, dass die afrikanischen Stimmen in diesem Forum gehört werden.
- Südafrika sollte die regionale Integration Afrikas weiter stärken. Es ist für den ganzen Kontinent wichtig, die Abhängigkeit von europäischen und amerikanischen Märkten zu verringern.

Sofia Svarfvar, Agrarökonomin und Mitarbeiterin von *Church of Sweden Aid*, ist seit Sommer 2009 für ein Jahr Mitarbeiterin des *Economic Justice Network* in Johannesburg.
Sandiswe Ncube ist *Economic Consultant* des *Economic Justice Network*.